

# ANALYSE ET COMMENTAIRE DE TEXTES OU DOCUMENTS EN ALLEMAND

Durée : 6 heures

Analysez et commentez, **en allemand**, les six documents suivants :

## DOCUMENT 1

### Wie viel Europa darf es sein?

Zwischen 1949 und 1989 war Deutschland über lange Zeit der „gutmütige Hegemon“ Europas. Unterstützt von den USA und angetrieben durch die Erblast des Zweiten Weltkriegs hat Deutschland in jener Zeit das System der europäischen Integration vor allem durch vier Instrumente gepflegt: Ein starkes deutsch-französisches Tandem, eine  
5 Fürsprecher-Rolle gegenüber den kleineren Ländern, große Einflussnahme in der Kommission und die Unterstützung des Europäischen Parlaments.

Deutschlands finanzielle Großzügigkeit zahlte sich in europäischem Machtzuwachs aus. Insbesondere erwarb es sich die Macht, das europäische System weitgehend nach seinen sozioökonomischen und juristischen Vorstellungen zu gestalten – siehe Binnenmarkt und Euro – wovon es selbst bedeutend profitiert hat. Gleichzeitig hat Deutschland dafür  
10 gesorgt, dass Erweiterung und Vertiefung über viele Jahre Hand in Hand gingen. Damit war Deutschland (im Gegensatz zu Frankreich oder gar England) stets das einzige große Land in Europa, welches die Integration aktiv voran getrieben hat und damit zum Hauptpfeiler der EU wurde. Kurz: Deutschland hat Europa zu seiner „raison d’État“  
15 gemacht: Deutsche Interessen und europäisches Wohl waren das Gleiche, Deutschland und Europa waren in Symbiose!

20 Jahre sind seit der Wiedervereinigung vergangen und die Akzente der deutschen Europapolitik haben sich deutlich verschoben. Das europäische Selbstverständnis Deutschlands ist spätestens seit der „Normalisierungspolitik“ unter Bundeskanzler Gerhard Schröder erodiert.  
20

Heute verteidigt Deutschland zunehmend „seine“ nationalen Interessen in Europa. Es fühlt sich überfordert mit der europäischen Führungsrolle. Die Stimmung in der Bevölkerung in Bezug auf Europa ist verdrossen. Die deutsche Parteienlandschaft ist zerstückelt und teilweise von einem populistischen Virus befallen. Die deutschen  
25 Leitmedien drehen sich zunehmend um „Berlin“ und entwickeln dabei einen gewissen Autismus. Berlin hat seine Diskursfähigkeit mit dem europäischen Ausland partiell verloren, wie insbesondere während der Euro-Krise sichtbar wurde, als die Diskrepanz zwischen Inlands- und Auslandspresse frappierend war: Während das Ausland auf Hilfe vom „Euro-Gewinner“-Land Deutschland wartete, fühlte sich Deutschland auf dem  
30 Euro-Rettungsgipfel im Mai betrogen. Die deutschen juristischen Eliten sind dem europäischen Projekt gegenüber ablehnender eingestellt als früher, wie allein schon in der Semantik des Lissabon-Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Ausdruck kommt. Karlsruhe wird inzwischen als Hürde schlechthin für eine zeitgemäße Europapolitik zitiert. Die industriellen Eliten wenden ihren Blick schon seit langem von  
35 Europa ab, das allenfalls noch Basis für globale Marktstrategien in den aufstrebenden

BRIC-Staaten ist. Die ökonomischen Eliten beklagen sich einerseits über die unproduktiven europäischen Partner, benehmen sich andererseits aber zunehmend egoistisch, wenn es um das deutsche Exportwunder geht und übersehen gerne die fast parasitäre Position, die eben jene deutsche Exportdynamik im europäischen Binnenmarkt innehat. Seit der Sommerpause ist die Regierung sichtlich bemüht, der Kritik der mangelnden Binnennachfrage entgegenzusteuern und die jüngsten Wachstumszahlen scheinen ihr Recht zu geben. Der Frage einer wirtschaftlichen Konvergenz in Europa ist man damit aber noch nicht näher gekommen.

Schließlich funktioniert die Balance in den deutsch-französischen Beziehungen nicht mehr, da Deutschland heute selbst über mehr ökonomische und gleichzeitig politische Macht verfügt. Die alte „Symmetrie der Asymmetrien“ (überspitzt: deutsche Wirtschaftsmacht vs. französische Nuklearmacht) ist aufgebrochen. Während die deutsche Macht gewachsen ist, ist die französische Blockade-Fähigkeit im Euro-System gewachsen. Das einstige Tandem hat eine Bruchstelle. Bedauerlicherweise ist auch Frankreich seit längerem zu einem europäischen Problemland geworden.

Zusammengefasst gewinnt man in Berlin zunehmend den Eindruck, Deutschland fühle sich von Europa zurückgehalten, es könne alleine schneller, weiter und besser vorwärts kommen. Gleichzeitig will Deutschland die EU nicht länger führen. Es hat sich von einer europäischen Gestaltungsrolle in eine europäische Opferrolle manövriert. Am liebsten wäre es eine große Schweiz in der Mitte Europas: offen für alle Handelsbeziehungen, aber politisch autark und nach außen nicht rechenschaftspflichtig, geschweige denn verantwortlich oder gar gezwungen, in letzter Konsequenz immer für die gesamte EU einzustehen.

Die Regierung hat in jüngster Zeit begonnen, auf die vermehrte Kritik an ihrer Europapolitik zu reagieren. Die Herkules-Aufgabe indes wird es jetzt sein, in den nächsten Jahren, in denen wichtige europäische Entscheidungen anstehen – allen voran jene über die Institutionalisierung des europäischen Rettungsschirms –, die deutschen Eliten und die deutsche Bevölkerung wieder für das Projekt einer europäischen Solidar-Union zu gewinnen.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Deutschland ist selbstverständlich nicht alleine verantwortlich für den desolaten Zustand der Europäischen Union. Der Virus nationalistischer und zentrifugaler Kräfte – inklusive des Wiederauflebens des Populismus – hat die gesamte Europäische Union infiziert. Es ist sogar legitim, den deutschen politischen Rückzug aus Europa als Reaktion auf die vorherige Abkehr Frankreichs, der Niederlande, Englands, Ungarns oder Italiens zu bewerten. Der europäische Konsens hat in Deutschland länger gehalten als anderswo. Deutschland hat aber eine Schlüsselrolle inne, wenn es darum geht, den anti-europäischen Trend wieder rückgängig zu machen – und zwar ganz einfach, weil Deutschland das größte und ökonomisch wichtigste europäische Land ist. Die EU kann mit einem dysfunktionalen Zypern oder sogar mit einem dysfunktionalen England leben. Aber nicht mit einem dysfunktionalen Deutschland in seiner Mitte.

Die Frage ist also, wie es für Deutschland wieder attraktiv werden kann, Europas Motor statt Europas Bremse zu sein und dem unterschwelligem Denken der neuen „Berliner Republik“, Europa nicht länger zu brauchen, ein Ende zu setzen. Vor allem aber muss in Deutschland wieder darüber diskutiert werden, welchen Vorteil gerade Deutschland von Europa hat, was Europa kosten soll und darf – und was der politische und ökonomische Preis von „Nicht-Europa“ wäre!

Ulrike Guérot

*Wie viel Europa darf es sein? Überlegungen zu Deutschlands Rolle im Europa des 21. Jahrhunderts. Ein Diskussionspapier.* ECFR memo, European Council on Foreign Relations (Berlin Office), Oktober 2010, S. 1-2 (<http://ecfr.eu/content/berlin/material>)

## DOCUMENT 2

### Die „Idee Europa“ bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges

Die „Idee Europa“ im Sinne einer Einigung der Staaten Europas in einem übergeordneten Bund ist alt. Seit dem 14. Jahrhundert entwarfen Gelehrte, Schriftsteller, Philosophen, Juristen und Staatsmänner Pläne für einen Zusammenschluss der europäischen Staaten. In seinem 1967 erschienenen Buch „Die Idee Europa“ hat Rolf Hellmut Foerster für die Zeit zwischen 1306 und 1945 insgesamt knapp 200 solcher Einigungspläne aufgeführt, darunter die berühmten Pläne des Pierre Dubois (1306), des böhmischen Königs Georg von Podiebrad (1464), des Herzogs von Sully (1632) sowie des Abbé de Saint Pierre (1712). Diese frühen Pläne, die meist das Werk Einzelner waren und in ihrer Zeit politisch kaum irgendeine größere Bedeutung erlangten, entsprangen vielfach dem Wunsch, dauerhaft Frieden zwischen den europäischen Fürsten oder Staaten zu schaffen, nicht zuletzt, um gemeinsam einen äußeren Feind abzuwehren oder Hegemonialbestrebungen einzelner Staaten zu unterbinden\*. Teilweise handelte es sich auch, wie bei dem Plan des Pierre Dubois, um verdeckte Hegemoniepläne für den eigenen Staat.

Insbesondere in den Jahren des Ersten Weltkrieges, in den Zwischenkriegsjahren sowie während des Zweiten Weltkrieges erlebte die Idee Europa einen enormen Aufschwung; zahlreiche europäische Einigungsgruppen entstanden, wie beispielsweise die Paneuropa-Union des Grafen Coudenhove-Kalergi, die die Einigung Europas auf ihre Fahnen schrieben. Die Idee Europa wurde zum Gegenbild oder Hoffnungsträger des durch Streitereien und blutige Kriege gekennzeichneten Kontinents. Aber nicht nur das Motiv der Friedenssicherung stand hinter der Idee oder Vorstellung eines geeinten Europas, wie ihn die Europagruppen und Widerstandsbewegungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts propagierten. Ein weiteres Motiv lag in dem Bestreben, einen großen, von Zollschränken befreiten europäischen Wirtschaftsraum zu schaffen, der konkurrenzfähig gegenüber den wirtschaftlich mächtigen USA sein würde. Und gegen Ende des Zweiten Weltkrieges gewann das Ziel einer politischen Selbstbehauptung Europas gegenüber den beiden aufstrebenden Weltmächten USA und Sowjetunion als Motiv für einen europäischen Zusammenschluss zunehmend an Bedeutung. Nur wenn die europäischen Staaten sich zusammenschlossen, so war wiederholt in den Schriften des europäischen Widerstandes zu lesen, sei Europa künftig noch in der Lage, Einfluss auf die Weltpolitik zu nehmen und seine politische, wirtschaftliche und kulturelle Selbständigkeit zu behaupten.

Anders als die im Kampfe gegen Hitlerdeutschland sowie ihre eigenen kollaborierenden Regierungen stehenden Widerstandsgruppen es erhofft und vermutet hatten, fand die Idee Europa bei den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges keine große Resonanz. Nach Kriegsende wurde in Europa vielmehr das System der souveränen Nationalstaaten wiederhergestellt, und die Idee Europa im Sinne der Schaffung einer europäischen

40 Föderation schien begraben. Die Föderalistengruppen, die sich aus den Widerstandsgruppen heraus gebildet hatten, resignierten; ihre Mitgliederzahlen stagnierten oder waren sogar rückläufig. Der ehemalige Widerstandskämpfer Altiero Spinelli erklärte im Januar 1946, dass angesichts der Entscheidung der Weltmächte über die Zukunft Europas eine politische Bewegung des europäischen Föderalismus derzeit nicht existieren könne.

Prof. Gabriele Clemens, Hamburg  
*Idee Europa* ([www.hamburgkg.polemb.net/files/Clemens.pdf](http://www.hamburgkg.polemb.net/files/Clemens.pdf)), 2009

\*unterbinden: empêcher

### DOCUMENT 3

#### Sündenbock Deutschland

*Deutschland muss für Europa Opfer bringen. Es wird dafür nicht geliebt, sondern beschimpft werden. Und an seine Geschichte erinnert.*

Die Deutschen sehen sich in Europa gerne als Retter in der Not. „Wir sind die Guten“. Doch je stärker Deutschland wird und je mehr Verantwortung es übernimmt, desto heftiger wird der Gegenwind. Das Land steckt in einem Dilemma: Es muss zu Opfern bereit sein, ohne dafür auf Zuneigung hoffen zu können. Ganz im Gegenteil sogar;  
5 Deutschland wird Europas Sündenbock.

Im Spätherbst 2011 sagte Polens Außenminister Radoslaw Sikorski einen für polnische Außenminister ziemlich ungewöhnlichen Satz: „Ich habe weniger Angst vor deutscher Macht, als ich anfangs, mich vor deutscher Inaktivität zu fürchten.“ Im Sommer 2012 sagt der deutsche Altkanzler Helmut Schmidt: „Der Mord an sechs Millionen Juden ist  
10 im Unterbewusstsein der europäischen Völker ein so schweres Gewicht, dass es eine Führung durch die Deutschen ausschließt.“ Beide Männer wissen, was Sie sagen. Und doch widersprechen sie sich. Wie bringen wir ihre Sichtweisen zusammen?

#### *Europa gerät aus der Balance*

15 Wenn der Realist auf die Welt blickt, dann sucht er nach Balance. Er tut das nicht, weil er harmoniestüchtig wäre. Er tut das, weil er glaubt, dass immer dann Ärger droht, wenn Kräfteverhältnisse zwischen Staaten nicht sehr fein austariert sind. Wer sich dabei an die Logik des Kalten Krieges erinnert fühlt, liegt ganz richtig. Und die Frage, wie wichtig welche Form von Balance wirklich ist, ist durchaus diskutabel. Trotzdem steht mit einiger Sicherheit fest: Wenn sich Kräfteverhältnisse in einer Region spürbar  
20 ändern, warten die Folgen nicht.

In Europa haben sich die Kräfteverhältnisse in den letzten Krisen Jahren verschoben und sie verschieben sich noch. Europa gerät aus der Balance. Auf den ersten Blick sind wir Deutschen dabei in einer recht komfortablen Situation: Weil wir deutlich weniger von der Krise betroffen sind als unsere Nachbarn, steigen relativ gesehen unsere  
25 Wirtschaftskraft, Wohlstand und Macht.

Sikorskis Forderung macht deshalb durchaus Sinn. Der stärkste in der Gruppe muss den

Laden schmeißen\*, Deutschland soll in die Bresche springen. Was Schmidt anmahnt, ist, dass Deutschland das nicht kann, weil seine europäischen Nachbarn das im Grunde gar nicht wollen.

30 Die Aussagen beider Staatsmänner offenbaren ein Dilemma. Vor allem die Länder des europäischen Südens – Spanien, Italien und Griechenland – sind in der Krise zu harten Einschnitten gezwungen. Die Macht der Deutschen nimmt zu, die der anderen ab. Das ruft in den Hauptstädten durchaus Besorgnis hervor.

35 Die eigentliche Gefahr liegt aber im Spielen der innenpolitischen Karte. Es ist ein beliebtes Spiel, bei dem früher lange die EU verlor: Alles Gute wurde von den Staatenlenkern (auch den deutschen) auf die eigene Habenseite verbucht. Für alles Schlechte wurde die EU verantwortlich gemacht. Heute droht Deutschland diese Rolle einzunehmen. Wer vom Gipfel nach Hause kommt, überreicht das Zuckerbrot höchstpersönlich und tut so, als könne er gegen die deutschen Peitschenschwinger  
40 nichts tun. (...)

#### *Bestenfalls ein ungeliebter Retter*

Die Folge ist, dass Merkel heute ungewollt allein an der Spitze Europas thront. Zumindest ist die Wahrnehmung so. Mit Sarkozy, den sie im Amt halten wollte, gelangen ihr jene verständnisvollen Posen der Einigkeit noch, die mit Hollande – oder  
45 gar Monti – nicht klappen mögen. Aus „Merkozy“ wurde Merkel. Ihre, auch innenpolitisch motivierte, harte Haltung („solange ich lebe“) trägt dazu ihren Teil bei.

Inzwischen ist Deutschland deshalb auf europäischer Bühne immer öfter alleine. Die anderen stehen gewissermaßen drum herum und zeigen mit dem Finger drauf. Aus dieser Position wird sich Deutschland so schnell nicht mehr befreien. Das ist das  
50 Dilemma: Denn wenn Deutschland Opfer bringt und hilft, schreiben sich das andere als ihren Erfolg auf die Fahnen. Und wenn es Grenzen zieht und führt, sehen die Populisten und Hetzer ihre Stunde gekommen.

Angesichts dieser Situation wird Deutschland zu allererst selbst der Versuchung widerstehen müssen, seinerseits in Ressentiments zu verfallen. Besser, wir lassen uns  
55 auch ein dickes Fell wachsen\*\* und hören bei Söder und Konsorten einfach weg. Denn etwas Besseres, als dass Deutschland zum ungeliebten (vielleicht sogar: gehassten) Retter Europas wird, können weder wir noch unsere Nachbarn von der Zukunft erhoffen.

Sebastian Pfeffer

*The European. Das Debatten-Magazin*, 9.8.2012 (<http://www.theeuropean.de/sebastian-pfeffer/11932-deutschlands-rolle-in-europa>)

\* den Laden schmeißen: faire tourner la boutique, diriger les affaires

\*\* sich ein dickes Fell wachsen lassen : se forger une carapace, s'endurcir

## **DOCUMENT 4**

### **Universalherrschaft Deutschlands**

Pflanzt die schwarzrotgoldne Fahne auf die Höhe des deutschen Gedankens, macht sie zur Standarte des freien Menschentums, und ich will mein bestes Herzblut für sie hingeben. Beruhigt Euch, ich liebe das Vaterland eben so sehr wie Ihr. (...). Ich bin der Freund der Franzosen, wie ich der Freund aller Menschen bin, wenn sie vernünftig und gut sind, und weil ich selber nicht so dumm oder so schlecht bin, als daß ich wünschen sollte, daß meine Deutschen und die Franzosen, die beiden auserwählten Völker der Humanität, sich die Hälse brächen zum Besten von England und Rußland (...). Seid ruhig, ich werde den Rhein nimmermehr den Franzosen abtreten (...). Elsaß und Lothringen kann ich freilich dem deutschen Reiche nicht so leicht einverleiben, wie Ihr es tut, denn die Leute in jenen Landen hängen fest an Frankreich wegen der Rechte, die sie durch die französische Staatsumwälzung gewonnen, wegen jener Gleichheitsgesetze und freien Institutionen, die dem bürgerlichen Gemüte sehr angenehm sind, aber dem Magen der großen Menge dennoch vieles zu wünschen übriglassen. Indessen, die Elsässer und Lothringer werden sich wieder an Deutschland anschließen, wenn wir das vollenden, was die Franzosen begonnen haben, wenn wir diese überflügeln in der Tat, wie wir es schon getan im Gedanken, wenn wir uns bis zu den letzten Folgerungen desselben emporschwingen, wenn wir die Dienstbarkeit bis in ihrem letzten Schlupfwinkel, dem Himmel, zerstören, wenn wir den Gott, der auf Erden im Menschen wohnt, aus seiner Erniedrigung retten, wenn wir die Erlöser Gottes werden, wenn wir das arme, glückenterbte Volk und den verhöhnten Genius und die geschändete Schönheit wieder in ihre Würde einsetzen, wie unsere großen Meister gesagt und gesungen und wie wir es wollen, wir, die Jünger – ja, nicht bloß Elsaß und Lothringen, sondern ganz Frankreich wird uns alsdann zufallen, ganz Europa, die ganze Welt – die ganze Welt wird deutsch werden! Von dieser Sendung und Universalherrschaft Deutschlands träume ich oft, wenn ich unter Eichen wandle. Das ist *mein* Patriotismus.

Heinrich Heine

Vorwort zu *Deutschland. Ein Wintermärchen* (1844), in *Gedichte*, Insel Verlag, Frankfurt am Main 1968, S. 422-423

## DOCUMENT 5

### Fischer will Diktatur der EU

In dem Maße, wie sich der Klassenkampf in Europa zuspitzt, tritt der Charakter der Europäischen Union als Instrument der herrschenden Elite immer offener zutage. Das zeigt sich auch in der Ideologie ihrer Verteidiger. Der ehemalige deutsche Außenminister Joschka Fischer (Grüne) veröffentlichte am Donnerstag in der *Süddeutschen Zeitung* eine Kolumne, in der er offen für autoritäre Herrschaftsformen durch die EU-Institutionen eintritt.

Unter der Überschrift „Das Glück der Krise“ begrüßt er die Krise in Anlehnung an Heraklit als „Mutter aller Dinge“, die immer auch Chance „für Veränderungen“ sei, „die sonst kaum möglich sind“. „Der Zwang zur Überwindung der Krise erfordert, Dinge zu tun, die vorher kaum denkbar, geschweige denn machbar gewesen wären“, schreibt Fischer.

Damit meint er im Wesentlichen die Dominanz Deutschlands in Europa sowie die Aushebelung\* jedweder demokratischen Kontrolle über die Haushaltspolitik. Unter dem

15 Druck der Krise hätten sich die Euroländer als Vorhut der EU und unter diesen  
Deutschland als „Führungsmacht in der EU“ erwiesen. Diese Avantgarde habe  
zahlreiche Maßnahmen ergriffen, die zur Aufgabe nationaler Souveränität und einer  
europäischen Wirtschaftsregierung geführt hätten.

20 Diese Entwicklung begrüßt Fischer ausdrücklich als Schritt hin zu einer politischen  
Union. Die Bundesregierung fordert er auf, sie in ihrer Führungsrolle voranzutreiben.  
Das bedeutet vor allem, den einzelnen Ländern der Eurogruppe brutale Sparmaßnahmen  
zu diktieren, wie dies in Griechenland, Portugal oder Irland bereits der Fall ist.

25 Insbesondere hier sieht Fischer die Chance, die in der Krise liegt: er will die EU-  
Bürokratie stärken, um den massiven Widerstand der Bevölkerung zu brechen und  
griechische Verhältnisse in ganz Europa zu schaffen. Dazu sollen die nationalen  
Parlamente seinem Plan zufolge ihre Entscheidungsbefugnisse, vor allem das  
Budgetrecht, an eine zweite Kammer des Europäischen Parlaments abgeben.

30 Als ersten Schritt will Fischer das Haushaltsdiktat der EU über zwischenstaatliche  
Verträge durchsetzen. Auf diese Weise will er jedwede demokratische Kontrolle  
aushebeln. Denn Änderungen an den EU-Verträgen würden Volksabstimmungen  
erfordern, die „gewiss zur Abrechnung mit der Krisenpolitik der nationalen  
Regierungen werden, und dies kann keine Regierung wollen, solange sie noch bei  
Verstand ist“, schreibt er.

35 Diese Worte lassen an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Die Chance, die sich für  
Fischer aus der Krise ergibt, besteht darin, die Haushaltspolitik von jeder  
demokratischen Kontrolle zu befreien und auf diese Weise die brutalsten sozialen  
Angriffe gegen die europäischen Arbeiter durchzusetzen. Wer unter diesen Bedingungen  
noch an Demokratie denkt, ist nicht mehr „bei Verstand“.

40 Fischer fordert nichts anderes, als das unmittelbare Diktat der – insbesondere deutschen  
– Finanzelite über die nationale Haushaltspolitik der Eurostaaten. Seine Ausführungen  
über das „Glück der Krise“ und die „politische Integration“ sollen dazu dienen,  
gehobene Mittelschichten für dieses reaktionäre Programm zu gewinnen. Konkrete  
Pläne für dessen Umsetzung liegen längst in den Brüsseler Schubladen.

45 EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy hat für den Mitte Oktober geplanten EU-Gipfel  
ein Papier vorbereitet, das die EU in die Lage versetzen soll, künftig nicht nur jenen  
Staaten den Umbau der Arbeitsmärkte und Sozialsysteme vorzuschreiben, die um  
Hilfskredite bitten, sondern allen Mitgliedern der Euro-Gruppe. Die Reformdikate  
sollen länderspezifisch angepasst und von der demokratisch kaum legitimierten  
Europäischen Kommission festgelegt werden.

50 Die EU-Bürokraten könnten auf diese Weise direkt die Wirtschafts- und Sozialpolitik  
der Mitgliedsstaaten bestimmen und damit die nationalen Parlamente und jede  
demokratische Kontrolle aushebeln. Spardikate, wie sie bisher vor allem Griechenland,  
Portugal oder Irland verordnet wurden, sollen auf den gesamten Euroraum ausgedehnt  
werden, ohne dass die Bevölkerung irgendeinen Einfluss auf die Gesetzgebung hätte.  
(...)

Christoph Dreier

World Socialist Web Site, 6.10.2012 ([wsws.org/de/articles/2012/okt2012/fisc-o06.shtml](http://www.wsws.org/de/articles/2012/okt2012/fisc-o06.shtml))

\*Die Aushebelung (du verbe aushebeln): le démantèlement, la suppression

## DOCUMENT 6

### Warum braucht Europa eine Verfassung?

5 (...) Daher bleibt das Problem bestehen, ob unsere kleinen oder mittelgroßen Nationalstaaten je auf sich gestellt die Handlungskapazitäten bewahren können, um dem Schicksal der schleichenden Assimilation an das Gesellschaftsmodell zu widerstehen, das ihnen von dem heute herrschenden Weltwirtschaftsregime auferlegt wird. Dieses Modell ist, wenn Sie mir eine polemische Zuspitzung gestatten, durch das anthropologische Bild vom Menschen als einem rational entscheidenden Unternehmer geprägt, der seine eigene Arbeitskraft ausbeutet. Durch das moralische Bild einer postegalitären Gesellschaft, die sich mit sozialen Verwerfungen\* und Exklusionen abfindet; durch das ökonomische Bild einer Demokratie, die Staatsbürger auf den Status von Mitgliedern einer Marktgesellschaft reduziert und den Staat zum Dienstleistungsunternehmen für Klienten und Kunden undefiniert; schließlich durch die Suggestion, dass die Politik die beste ist, die sich selbst abwickelt. Das sind Bausteine zu einem liberalen Weltbild, das, wenn ich recht sehe, nicht gut zum bislang vorwaltenden normativen Selbstverständnis der Europäer passt. Welche Lesart des europäischen Einigungsprojektes legt diese Diagnose nahe? In dem Maße, wie die Europäer die unerwünschten sozialen Folgen wachsender distributiver Ungleichheiten belassen und auf eine gewisse Re-Regulierung der Weltwirtschaft hinwirken wollen, müssen sie auch ein Interesse an der Gestaltungsmacht haben, die eine politische Handlungsfähigkeit der EU im Kreis der Global Players gewinnen würde.

20 (...) Wir Europäer haben im Hinblick auf die Zukunft einer hoch stratifizierten Weltgesellschaft ein legitimes Interesse daran, dass wir unsere Stimme in einem internationalen Konzert zur Geltung bringen, das bisher nach einer ganz anderen Partitur spielt. Natürlich zieht dieser Tenor den Argwohn auf sich, eine parteiliche, sagen wir eine sozialdemokratische Lesart des europäischen Projektes zu sein. Man mag einwenden, dass jede substantielle Deutung parteilich ist und eine mögliche Anhängerschaft polarisiert. Aber angesichts schwacher Motivation und wachsender Skepsis ist ohne eine Polarisierung der Meinungen eine Mobilisierung der Basis erst recht nicht zu erwarten.

30 (...) Ein politisch verfasstes und institutionell gefestigtes Europa würde die Fähigkeit zu gemeinsamem Handeln stärken (...). Auch andere Gründe sprechen für eine energische Fortführung des europäischen Projektes. So oder so müssen wir mit Problemen fertig werden, die sich aus der Kumulation der unbeabsichtigten Folgen vergangener politischen Entscheidungen ergeben haben. Die gegenwärtige Reformdebatte ist vom Dilemma der „Erweiterungskrise“ ausgelöst worden. Mit dem Termin für den Beitritt der osteuropäischen Staaten hat sich die EU selbst unter Druck gesetzt.

35 (...) Diesen Reformstau hat die Konferenz von Nizza nicht aufgelöst. (...) Die Diskrepanz zwischen der fortgeschrittenen ökonomischen und der hinterherhinkenden\*\* politischen Integration könnte durch eine Politik überwunden werden, die auf die Konstruktion höherstufiger politischer Handlungsfähigkeiten



40 abzielt, damit sie politisch mit den deregulierten Märkten Schritt halten kann. Aus  
dieser Perspektive erscheint das europäische Projekt als der gemeinsame Versuch der  
nationalen Regierungen, in Brüssel etwas von der Interventionskapazität  
zurückzugewinnen, die jede einzelne von ihnen zu Hause verloren hat. So sieht es  
45 jedenfalls Lionel Jospin, der für den Euro-Raum eine Wirtschaftsregierung sowie  
langfristig eine Harmonisierung der gesamten Unternehmensbesteuerung fordert. Die  
Koordinierung weiterer Politikbereiche müsste allerdings eine Konzentration von  
Kompetenzen zur Folge haben, die ein weiteres Dilemma noch verschärfen würde.  
Schon heute löst das demokratische Defizit der Brüsseler Behörden ein wachsendes  
50 politisches Unbehagen in der breiten Bevölkerung aus. Das gilt keineswegs nur für  
kleinere Staaten wie Dänemark und Irland oder für die einstweilige Ablehnung der EU  
von Seiten der Schweizer und der Norweger. (...) So viel zu den Gründen, die das  
politische Ziel einer föderalistischen, über eine bloße Konföderation hinausweisende  
europäischen Verfassung rechtfertigen könnten. Eine ganz andere Frage ist es, ob  
Europa die notwendigen empirischen Voraussetzungen für das neue, noch ungeklärte  
55 Design eines Staates von Nationalstaaten erfüllt. (...): die Notwendigkeit einer  
europäischen Bürgergesellschaft; die Konstruktion einer europaweiten politischen  
Öffentlichkeit; und die Schaffung einer politischen Kultur, die von allen EU-Bürgern  
geteilt werden kann. Diese Prozesse können durch eine Verfassung, die einen  
gewissermaßen katalysatorischen Effekt hat, beschleunigt und auf den  
60 Konvergenzpunkt hin gelenkt werden.  
(...) Weil die Diplomatie in eine Sackgasse geraten ist, kann die überfällige  
institutionelle Reform aus einer offenen politischen Kontroverse über die Richtung, in  
der sich die EU weiter entwickeln soll, nur Nutzen ziehen. Der verfassungsrechtliche  
Streit zwischen „Föderalisten“ und „Souveränisten“ verschleiert den substanziellen  
65 Streit zwischen denen, die wie Jospin eine Harmonisierung wichtiger einzelstaatlicher  
Politiken für vordringlich halten, und denen, die wie Schröder eine Fassade aus  
maßgeschneiderten zentralen Institutionen von allen steuerungspolitisch wichtigen  
Funktionen entlasten möchten.

Jürgen Habermas

Vortrag an der Universität Hamburg am 26.6.2001, hier gekürzte Fassung  
(<http://ig.cs.tu-berlin.de/oldstatic/w2001/eu1/dokumente/>). Ungekürzte Fassung: *Die  
Zeit* Nr. 27, 28.6.2001

\* die sozialen Verwerfungen : les fractures sociales

\*\* hinterherhinkend : à la traîne, en retard